

Germany-Laupheim: Engineering design services for the construction of civil engineering works
OJ S 99/2020 22/05/2020**Contract notice**
Services**Legal Basis:**

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadt Laupheim

Postal address: Marktplatz 1

Town: Laupheim

NUTS code: DE146 Biberach

Postal code: 88471

Country: Germany

Contact person: Simone Bohsung, kohler grohe architekten, Verfahrensbetreuer

E-mail: simone.bohsung@kohlergrohe.de

Telephone: +49 711 / 7696393-2

Internet address(es):Main address: <http://www.laupheim.de>**I.3. Communication**The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E18273957>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.subreport.de/E18273957>

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

VgV Verfahren Tiefbau zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet Laupheim-Ost II Teil 1

II.1.2. Main CPV code

71322000 Engineering design services for the construction of civil engineering works

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Stadt Laupheim plant das bestehende Gewerbegebiet Laupheim-Ost zu erweitern, um die Ansiedlung und Erweiterung von Gewerbebetrieben zu ermöglichen.

Die Aufstellung eines Bebauungsplans ist notwendig, da bisher auf den vorgesehenen Flächen noch kein Planungsrecht besteht.

Im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans wird ein Ingenieur für Tiefbau gesucht, der die Verkehrsanlagen und die technische Ausstattung wie z. B. die Wasserversorgung und die Entwässerung innerhalb des Gewerbegebiets plant. Das Projekt soll in mehreren Bauabschnitten umgesetzt werden.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE146 Biberach

Main site or place of performance: Laupheim

II.2.4. Description of the procurement

Anlass für die Aufstellung des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Laupheim-Ost II Teil 1“ ist der Erweiterungsbedarf von Gewerbebetrieben. Da keine gewerblichen Bauplätze für das Vorhaben zur Verfügung stehen, soll das bestehende Gewerbegebiet Laupheim-Ost in südlicher Richtung erweitert werden. Dadurch wird auch weiteren Gewerbetreibenden die Neuansiedlung sowie die Verlagerung oder Erweiterung ermöglicht.

Ziel ist dabei, ein gut angebundenes Gewerbegebiet zu entwickeln, das eine flexible Nutzung zulässt. Damit kann ein Angebot für kleinere oder größere Gewerbebetriebe geschaffen werden. Durch die gute verkehrliche Anbindung soll eine zusätzliche Belastung der Innenstadt unterbunden werden.

Auf Grundlage der bereits vorliegenden Informationen wurde ein erster Bebauungsplanentwurf erstellt. Dieser überplant eine Fläche von rund 15,6 ha (s. Geltungsbereich) und soll als Ausgangspunkt für den Einstieg in das Bebauungsplanverfahren dienen.

Davon sind ca. 12 500 m² für die öffentlichen Verkehrsflächen innerhalb des Planungsgebiets vorgesehen.

Das Plankonzept sieht eine Erschließung über den vorhandenen Kreisverkehr an der K7582 und Ludwig-Bölkow-Straße vor. Durch das gewählte Erschließungssystem ist auch künftig eine Weiterentwicklung des Gebietes über die dann bereits bestehenden Straßen möglich. Um das Plangebiet herum verlaufen bereits Geh- und Radwege, die weitergeführt werden sollen wodurch eine fußläufige Erreichbarkeit bzw. eine Erschließung für Radfahrende gewährleistet ist.

Beim Thema öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) wird im Zuge der weiteren Planung eine Haltestelle im Plangebiet geprüft und ggf. eingearbeitet. Dies ist wichtig für die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) im Plangebiet sowie im Kontext der Gesamtstadt.

Die anrechenbaren Kosten (KG 300 und 400) der Maßnahme werden auf 4 750 000 EUR geschätzt.

Gesucht wird ein Ingenieur für Tiefbau für die Planungs- und Bauüberwachungsleistungen von Ingenieurleistungen der Leistungsphasen 1-9 auf der Grundlage der HOAI 2013, §§ 41-44 für Ingenieurbauwerke und §§ 45-48 Verkehrsanlagen sowie §§ 53-56 für die Technische Ausrüstung. Die Leistungen umfassen die Planung und Bauüberwachung von Tiefbaumaßnahmen, Trinkwasserversorgung, Entwässerung mit Trennkanalisation,

Regenwasserbehandlung, Schmutzwasserpumpwerk mit technischer Ausrüstung, Verkehrsanlagen der Straßen und Wege und Informationstechnik mittels Breitbandversorgung.
Voraussichtliche Termine:
Bieterauswahl 1.7.2020 Angebotsaufforderung 8.7.2020 Submissionstermin Honorarangebote 10.8.2020 Verhandlungsgespräche: 21.8.2020 Mit der Entwurfsplanung und der Planung des 1. Bauabschnitts soll unmittelbar nach der Beauftragung begonnen werden.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Projektorganisation / Weighting: 20

Quality criterion - Name: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektlei / Weighting: 25

Quality criterion - Name: Projektmanagement / Weighting: 30

Quality criterion - Name: Gesamteindruck / Weighting: 15

Cost criterion - Name: Honorarangebot / Weighting: 10

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 48

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged number of candidates: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

1. finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (20 %): Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur,
2. fachliche Eignung (70 %): Qualitative Bewertung der Referenzprojekte, Qualitätssicherung,
3. Gesamteindruck der Unterlagen (10 %).

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z. B. mit 0-5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags sollten die vorgegebenen Bewerbungsbögen verwendet und elektronisch in Textform auf der Vergabepattform eingereicht werden. Nicht

fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Rügen sind ausschließlich an die unter Ziffer I.1) genannten Stellen zu senden.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Die nachfolgenden Eigenerklärungen sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft, anzugeben:

Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben.

Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe vorliegen (Art. 57 Richtlinie 2014/24/EU).

Eigenerklärung, dass die Vorgaben des öffentlichen Auftraggebers zur Eignung (Art. 58 Richtlinie 2014/24/EU) erfüllt werden mit Blick auf a) die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (erfüllt durch die einzureichenden Referenzen) sowie b) die technische und berufliche Leistungsfähigkeit (erfüllt durch die einzureichenden Referenzen).

Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i. S. v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB).

Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB).

Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB).

Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt.

Die öffentliche Auftraggeberin behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbergemeinschaften/Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs. 1 Nr. 4 GewO anzufordern.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem LTMG: Für den Bewerber bzw. jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft muss die Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem LTMG spätestens mit dem Angebot im Rahmen des Verhandlungsverfahrens vorgelegt werden.

Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber auffordern, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen. Für die Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt. Es sind ausschließlich elektronische Teilnahmeanträge zugelassen, die über die Vergabeplattform eingereicht werden.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Erklärung über den Gesamtjahresumsatz (netto) des Bewerbers/der Bietergemeinschaft für entsprechende Dienstleistungen in den letzten 3 Geschäftsjahren. Erklärung zur durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter in den letzten 3 Jahren.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern.

Es können 3 Referenzen eingereicht werden.

Die Referenzen, A und B, sind zwingend nachzuweisen. (Mindestanforderung) Die Referenz C ist optional.

Mehrfachnennungen sind nicht möglich.

Es kann je Referenz ein Nachweis über Kosten- und Terminsicherheit in Form eines Referenzschreibens, bestätigt durch den Bauherrn, eingereicht werden. Die Nachweise werden im Bereich fachlicher Eignung gewertet.

Es gelten die Kriterien in Bezug auf die Referenzen auch dann als erfüllt, wenn die jeweilige Referenz als Projektleiter in einem anderen Büro erbracht worden ist. In dem Fall ist eine schriftliche Bestätigung des anderen Büros über die verantwortliche Projektleitung mit einzureichen.

Referenz A Nachweis eines vergleichbaren, realisierten Projekts:

Thema: Bauplanungs- und Bauüberwachungsleistungen von Verkehrsanlagen eines Gebiets in Ortsrandlage mit Angabe der Bauzeit, Länge, Dimension und Fläche der Verkehrsbauwerke, vom Bewerber erbracht.

Vergleichbarkeit: Gewerbegebiet ca. 15 ha, in Deutschland in Ortsrandlage, (Einwohnerzahl Stadt Laupheim 22.391),

Verkehrsfläche ca. 12 500 m², anrechenbare Kosten geschätzt (KG 300, 400) ca. 4.75 Mio.

EUR Mindestanforderungen:

Bauplanungs- und Bauüberwachungsleistungen von Verkehrsanlagen Gesamtkosten der Maßnahme min. 1,5 Mio. EUR Fertigstellung im Zeitraum 2009-2019 Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 1-8) im Unternehmen.

Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) einer Verkehrsanlage Nachweis der Realisierung.

Referenz B Nachweis eines vergleichbaren, realisierten Projekts:

Thema: Bauplanungs- und Bauüberwachungsleistungen von Ingenieurbauwerken eines Gebiets in Ortsrandlage mit Angabe der Bauzeit, Länge, Dimension der Ingenieurbauwerke und der Planungsleistungen der technischen Ausrüstung, vom Bewerber erbracht.

Vergleichbarkeit: Gewerbegebiet in Deutschland in Ortsrandlage ca. 15 ha, (Einwohnerzahl Stadt Laupheim 22.391), anrechenbare Kosten geschätzt (KG 300, 400) ca. 4.75 Mio. EUR. Die technische Ausrüstung umfasst Trinkwasser, Entwässerung mit Trennkanalisation, Regenwasserbehandlung, ein Schmutzwasserpumpwerk mit technischer Ausrüstung und die Informationstechnik mittels Breitbandversorgung.

Mindestanforderungen:

Bauplanungs- und Bauüberwachungsleistungen von Ingenieurbauwerken Gesamtkosten der Maßnahme min. 2,0 Mio. EUR Fertigstellung im Zeitraum 2009-2019 Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 1-8) im Unternehmen.

Bitte machen Sie ebenfalls Angaben zur Planung der technischen Ausrüstung.

Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) der Verkehrsanlage zum Nachweis der Realisierung.

Referenz C Nachweis eines vergleichbaren, realisierten Projekts:

Thema: Bauplanungs- und Bauüberwachungsleistungen von Ingenieurbauwerken eines Gebiets in Ortsrandlage mit Angabe der Bauzeit, Länge, Dimension der Ingenieurbauwerke und der Planungsleistungen der technischen Ausrüstung, vom Bewerber erbracht.

Vergleichbarkeit: Gewerbegebiet in Deutschland in Ortsrandlage ca. 15 ha, (Einwohnerzahl Stadt Laupheim 22.391), anrechenbare Kosten geschätzt (KG 300, 400) ca. 4.75 Mio. EUR. Die technische Ausrüstung umfasst Trinkwasser, Entwässerung mit Trennkanalisation, Regenwasserbehandlung, ein Schmutzwasserpumpwerk mit technischer Ausrüstung und die Informationstechnik mittels Breitbandversorgung.

Mindestanforderungen:

Bauplanungs- und Bauüberwachungsleistungen von Ingenieurbauwerken Gesamtkosten der Maßnahme min. 2,0 Mio. EUR Fertigstellung im Zeitraum 2009-2019 Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 1-8) im Unternehmen.

Bitte machen Sie ebenfalls Angaben zur Planung der technischen Ausrüstung.

Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) der Verkehrsanlage zum Nachweis der Realisierung.

Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach – sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer – an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 19/06/2020 Local time: 13:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Duration in months: 6 (from the date stated for receipt of tender)

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Unterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem unter I.3) angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden.

Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über die unter I.3) angegebene Vergabeplattform in Textform i. S. v. § 11 EU Abs. 4 VOB/A, § 126b BGB einzureichen. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge unmittelbar an die unter I.1) angegebene Kontaktstelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die unter I.3) angegebene Vergabeplattform gestellt werden. Die – anonymisierten – Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Unterlagen für das Vergabeverfahren werden nur auf der Vergabeplattform unter dem unter I.3) angegebenen Link zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst unter dem angegebenen Link informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zu beachten sind.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telephone: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internet address: <http://www.rp-karlsruhe.de/>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch den Bieter einzuhaltende Fristen hin.

Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegen überdem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telephone: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internet address: <http://www.rp-karlsruhe.de/>

VI.5. Date of dispatch of this notice

18/05/2020